

Kultur und Differenz in der Soziologie

Von Anja Weiß

Das Thema des diesjährigen DGS-Kongresses war in mehrfacher Hinsicht gut gewählt. »Soziale Ungleichheit« war bisher nicht explizit im Titel eines Soziologie-Kongresses erschienen, obwohl es sich um einen zentralen Gegenstand der Soziologie handelt. Dass sich ausgerechnet der erste Soziologiekongress, der in München stattfindet, mit der Sozialen Ungleichheit beschäftigte, war passend, denn München ist nicht nur eine der High-Tech-Zentralen Deutschlands, sondern auch eine Stadt, in der die einkommensarme Bevölkerung durchschnittlich 41% ihres Einkommens für Mietzahlungen ausgeben muss (Münchener Armutsbereich 2002:34) – Gegensätze, die vom Oberbürgermeister Christian Ude selbst während der Eröffnungsveranstaltung angesprochen wurden.¹

Der Titel »Soziale Ungleichheit und kulturelle Unterschiede« konnte auf eine der zentralen Debatten innerhalb der Ungleichheitsforschung bezogen werden. Für sich gesehen werden kulturelle Differenzen aber nur selten und dann eher beiläufig in der Soziologie analysiert. Dass sie neben Sozialer Ungleichheit zum zweiten Querschnittsthema des größten deutschsprachigen Kongresses ausgewählt wurden, hat das begriffliche Defizit nicht beheben können.

Für den Blick von außen war die Vagheit des Gegenstands ein Vorteil, denn dass kulturelle Unterschiede etwas mit dem EU-Beitritt der Türkei, mit Migration und dem diesjährigen Gastland Indien, aber auch mit Familiendarbeit und Elitenbildung zu tun haben könnten, leuchtet ein. Hartz IV hat die Problematik Sozialer Ungleichheit wieder in die Mittelschicht getragen. Es ist den VeranstalterInnen gelungen, diesen Vorteil in mehrere gut besuchte Abendveranstaltungen umzusetzen: »Warum die Türkei kulturell – *nicht* – zu Europa gehört. Ein Streitgespräch«, »Spaltet Hartz die Gesellschaft?« »An der Spitze der Gesellschaft: Alles Geld, neue Kräfte und Leute wie du und ich«, um nur einen Teil zu nennen. Sie griffen aktuelle Befindlichkeiten auf und wurden in der Presse gern zitiert.

Wer wie die Kongressbeobachterin ein fachliches Interesse am Verhältnis von Sozialer Ungleichheit und kulturellen Unterschieden hegt (Weiß et al. 2001), musste hingegen verblüfft feststellen, dass die Vielzahl der Fachkulturen den zweiten Teil des Titels ähnlich unbedarf den eigenen Forschungsinteressen unterwarf wie die geneigte Öffentlichkeit. Die heterogene Bezugnahme auf »kulturelle Unterschiede« in den mehr als 130 Foren² macht zwar deutlich, dass die Soziologie in aller Breite an den Titel des Kongresses anknüpfen konnte. Was die soziologische Wissenschaft genau mit kulturellen Unterschieden meinen könnte und sollte, blieb in den von mir besuchten Veranstaltungen aber fast durchgängig ungeklärt.

Ein Kongressbericht kann diesen Mangel zwar nicht beheben. Es soll aber doch ein Versuch unternommen werden, den Assoziationsgehalt kultureller Unterschiede zu systematisieren.

-
- 1) Für das Querschnittsthema des Kongresses wäre auch der Umstand relevant gewesen, dass München zu den Städten zählt, in denen in den Jahren 1994 bis 2003 etwa die Hälfte der Vormerkungen für Sozialwohnungen an ausländische Haushalte entfielen, aber nur zwischen 34 % und 38,9 % der Sozialwohnungen an Ausländer vergeben wurden (Amt für Wohnen und Migration, S-III-LS).
 - 2) Es versteht sich von selbst, dass es der Autorin nicht möglich war, mehr als einen Bruchteil des Angebots wahrzunehmen.

Kultur als Substanz, kultureller Unterschied als Konstrukt?

Bei Ländervergleichen, Arbeiten zu Migration, Staatsbürgerschaft und Transnationalisierung scheint der Bezug zum kulturellen Unterschied auf der Hand zu liegen. Im Plenum »Europäisierung Sozialer Ungleichheit« trennte Jürgen Gerhards eingangs zwischen kulturellen Unterschieden als Ungleichtartigkeit und sozialer Ungleichheit als Ungleichrangigkeit. Dann untersuchte er, wie sich die Wertorientierungen in verschiedenen EU-Ländern und (zukünftigen) Beitrittskandidaten von dem im EU-Recht aufscheinenden Skript der europäischen Gesellschaft unterscheiden. Die Messlatte »EU-Skript« überführte also Ungleichtartigkeit in Rangunterschiede. Die aktuelle Frage, ob z.B. die islamische Religion ein Beitrittshindernis sein könnte, beantwortete Gerhards indirekt, indem er zeigte, dass die Religiosität einer Bevölkerung besser mit deren Bildungsgrad und dem Entwicklungsstand ihres Landes als mit der Art der Religion erklärt werden kann. Die kulturellen Unterschiede, auf die es ankommt, lassen sich anscheinend in Rangfolgen bringen und durch soziale Ungleichheit erklären. Die gängige Unterscheidung zwischen Ungleichtartigkeit und Ungleichrangigkeit verliert im Lichte dieser Empirie an Überzeugungskraft.

Andere Veranstaltungen übersetzten »kulturelle Unterschiede« als ethnische Differenzierung, schätzten deren Stabilität aber ganz unterschiedlich ein. Im Plenum »Intergenerative Reproduktion sozialer Ungleichheit durch kulturelle Unterschiede?« wurden Kinder »deutscher und ausländischer Herkunft« (Lothar Krappmann und Hans Oswald) bzw. »mit und ohne Migrationshintergrund« (Beatrice Hungerland und Manfred Liebel) verglichen. Die von Ludger Pries organisierte Freitagssitzung der Sektion »Migration und ethnische Minderheiten« benannte mit dem Titel »Identität und Staatsbürgerschaft« die Extreme (inter-)subjektiver bzw. institutionalisierter ethnischer Differenzbildung. Inhaltlich sollte die Gegenüberstellung dadurch aufgelöst werden, dass Staatsbürgerschaft als mehrdimensionales und dynamisches Phänomen betrachtet wird, das durch Identitätspolitiken verändert werden kann. Auch Alfons Bora und Heiko Hausendorf gingen im Plenum »Gleich in der Ungleichheit? Citizenship, Rechte und kulturelle Differenz« davon aus, dass Staatsangehörigkeit über Kommunikation konstruiert wird. Ihr Konzept betonte aber nicht ethnische Unterschiede und Identitäten, sondern empirisch verschiedene Formen der politischen Inklusion, die im Ländervergleich mit institutionellen Kontexten in Verbindung gebracht wurden.

Wenn man »kulturelle Unterschiede« als dynamische soziale Konstrukte begreifen kann, steht die empirisch forschende Soziologie vor dem Problem, welche Unterscheidungen sie ihren Untersuchungen zu Grunde legt. Man kann natürlich administrative Kategorien wie »deutsch« und »ausländisch« verwenden oder Länder vergleichen. Aber selbst dann stellt sich die Frage nach der geeigneten Untersuchungseinheit. Im Plenum »Region als Dimension sozialer Ungleichheit« wurde es z.B. als großer Fortschritt angesehen, dass die Regionalforschung mittlerweile einen Teil der Daten auf Kreisebene auswerten kann. Wie das Publikum anmerkte, sind aber schon Kreise in sich so heterogen, dass diese »kleinste Differenz« bereits wichtige Unterschiede nivelliert. Im Plenum »Die Herrschaft der Uneindeutigkeit. Zur Produktion von Ungleichheit in der Zweiten Moderne« zog Ulrich Beck eine unübliche Konsequenz aus den Schwierigkeiten der Kategorienbildung. Ein soziologischer Gesellschaftsbegriff, der sich eng an den Nationalstaat anlehnt, stoße an seine Grenzen, wenn die Gesellschaftlichkeit Europas zur Debatte steht. Gibt es in Europa eine europäische *Gesellschaft*? Ist das noch *eine* Gesellschaft? Diese Fragen würden aufgrund des methodologisch nationalistischen Blicks der Soziologie nicht gestellt. Auch könnten sie nicht durch eine klare Definition des Gesellschaftsbegriffs mit nachfolgender überzeugender Grenzziehung gelöst werden. Die Theorie Reflexiver Modernisierung rufe vielmehr zu einem »So-wohl-als-Auch« auf, das sowohl Europäisierung als auch nationale Gesellschaften untersucht, ohne sich zwischen beidem zu entscheiden.

Leider fühlte sich das Publikum weniger durch die methodologische Provokation des So- wohl-als-Auch herausgefordert, als durch den – auf ein Missverständnis zurückgehenden – Eindruck, die ländervergleichende Forschung würde als inhaltlich nationalistisch beschimpft. Ulrich Beck, der zur Eröffnung des DGS-Kongresses den Preis für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie erhielt, wirkt innerhalb der Disziplin regelmäßig provozierend. Interessant war, dass er die von ihm in den 80er Jahren mit angestoßene Kontroverse zwischen Individualisierungs- und Klassentheorie vor dem Lichte seiner neueren Arbeiten selbstkritisch beurteilt. Zwar habe seine Individualisierungstheorie nicht Wahlfreiheit unterstellt, sondern die strukturbildende Bedeutung des Wohlfahrtsstaats für soziale Ungleichheit betont. Wegen dieser Schwerpunktsetzung sei sie aber ebenso sehr im methodologischen Nationalismus gefangen wie die Klassentheorie. Beck zufolge benötigt die Ungleichheitsforschung einen transnationalen Bezugsrahmen, der transnationale Institutionen und Handlungschancen einbezieht.

Kulturelle Unterschiede in der Ungleichheitsforschung

Die Soziologie Sozialer Ungleichheit war auf dem Kongress in allen ihren Varianten vertreten. Hier soll v.a. die einschlägige Theoriebildung und ihr Bezug zum »kulturellen Unterschied« diskutiert werden. Im ungleichheitssoziologischen Denken ist der Verweis auf »kulturelle Unterschiede« eindeutig besetzt. Die Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Ungleichheit und Kultur dauert seit den 80er Jahren an. Ausgelöst von der Individualisierungsdebatte (Beck 1983; Geißler 1996) schien es zeitweise so, als würde eine Vielzahl kultureller Differenzierungen an die Stelle hierarchischer Einkommensunterschiede treten. Auch wenn die Auseinandersetzung heute weniger polarisiert geführt wird, hatte der Zweifel an der Klassentheorie doch Folgen. Neuere theoretische Vorschläge betonen die Mehrdimensionalität sozialer Ungleichheit (Hradil 1987; Berger / Hradil 1990) und die von dieser implizierten Statusinkonsistenzen oder sie beschäftigen sich von vorneherein mit Lebensstilen und der Ausdifferenzierung von Milieus.

Insofern war es bemerkenswert, dass sich gerade Vertreter der Kultur- und der Bildungssoziologie gegen ein Verschwinden der Klassengesellschaft wandten. In seinem Eröffnungsvortrag stellte Karl-Siegbert Rehberg die These auf, die Klassengesellschaft bestehe fort, auch wenn sie für Soziologie und Gesellschaft vorübergehend unsichtbar geworden sei. Michael Vesters Mittagsvorlesung »Die Illusion der Bildungsexpansion. Die sozialen Milieus und das segregierende Bildungssystem der BRD« machte deutlich, dass der Fahrstuhleffekt zwar fast alle Milieus betroffen hat. Eine Mobilität zwischen den Schichten sei aber nicht entstanden. Vielmehr sei es innerhalb tradiertener Milieus zu einer horizontalen Verschiebung hin zu mehr kulturellem Kapital gekommen. Zum Abschluss des Kongresses bestätigte Karl Ulrich Mayer anhand von Längsschnittdaten die relative Stabilität sozialer Ungleichheit über die Zeit hinweg.

Keiner der genannten Redner versäumte Zugeständnisse an den »cultural turn« der Ungleichheitssoziologie. Vester operationalisiert »Milieu« über habituelle Unterschiede, die sich in einem zweiten Schritt auf die Ungleichverteilung von ökonomischem und kulturellem Kapital beziehen lassen (Vester et al. 2001). Rehberg zufolge ist das Unsichtbarwerden von Klassengegensätzen u.a. auf die integrierende Wirkung des Konsums zurückzuführen. Kultur und Ungleichheit stehen sich in diesen Vorträgen nicht als Gegensätze gegenüber, sondern die kulturellen Unterschiede tragen zur Reproduktion von Klassen bei.

Auch die Kernbereiche der Ungleichheitsforschung, wie die Arbeits- und Industriesoziologie, setzten sich intensiv mit verschiedenen Aspekten kultureller Unterschiede auseinander. Im Plenum »Der ungleiche ›Wert‹ der Arbeit« zeigten Klaus Dörre, Klaus Krämer und Frederic Speidel, dass gerade prekäre Arbeit nicht nur an ihrem ökonomischen, sondern auch an

ihrem sozialen Wert gemessen wird. Sie wird von den Beschäftigten geschätzt, wenn sie als Brücke zu Normalarbeitsverhältnissen gelten kann. Prekäre Arbeit kann aber auch Desintegration verschärfen, wenn eine Verstetigung des Beschäftigungsverhältnisses langfristig misslingt bzw. wenn eine Umwandlung in prekäre Arbeitsverhältnisse disziplinierend auf Stammbelegschaften wirkt und ausgrenzende Integrationsnormen unter ihnen stärkt. Cornelia Koppetsch schlug vor, die Schwerpunktsetzung der Berufssoziologie auf institutionalisiertem Bildungskapital um eine Berücksichtigung von Berufskulturen zu ergänzen. In einer Reihe »neuer« Kulturberufe wird die Statusordnung v.a. von starken – und ökonomisch schwer nachzuvollziehenden – Normen getragen. Nick Kratzer stellte im Plenum des Münchener SFB »Reflexive Modernisierung« aus der Perspektive der Industriesoziologie fest, dass Individualisierung nicht allein als Ausdifferenzierung der privaten Lebensführung begriffen werden sollte, sondern von Unternehmen gezielt zur Steigerung von Rationalisierungspotenzialen (z.B. durch eine Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort) eingesetzt wird.

„Alte Ungleichheiten“ und »kulturelle Differenzierungen« (vgl. das Vorwort des Programmheftes) werden in der Ungleichheitsforschung nicht länger gegeneinander ausgespielt, sondern aufeinander bezogen. Das öffnet den Blick für eine Vielzahl von Ungleichheiten, die die Sozialstruktur »neben« Einkommen und Beruf beeinflussen: Alter, Wissen, Gesundheit, Region und Geschlecht. Trotz dieser Fortschritte haftet der Debatte etwas eigenartig Unbefriedigendes an. Kulturelle Unterschiede werden zur Überschrift für die Ergänzung, für das »Andere« überkommener Theorien. Damit bleibt die dualistische Gegenüberstellung von »Basis« und »Überbau« ungebrochen. Es scheint, als könne Kultur nicht strukturbildend wirken bzw. als werde die Sozialstruktur (gedacht als Verteilung von Einkommen und Beruf) von kulturellen Spielereien lediglich überrankt. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade die Gegenstände, die in anderen soziologischen Debatten als kulturelle Unterschiede im engeren Sinn begriffen werden, aus der Ungleichheitsforschung weitgehend ausgeklammert bleiben. Lebensstile werden z.B. durchgängig als Heterogenität innerhalb eines homogen gedachten Staatsvolks konstruiert. Eine explizite Auseinandersetzung mit dem Begriff des »Kulturellen Unterschieds« könnte hingegen zeigen, dass manche kulturellen Differenzen (wie Geschlecht und Ethnizität) so stabil institutionalisiert sind, dass sie selbst zu Ungleichheiten werden, während eine Vielzahl kultureller Unterschiedlichkeiten eine eigenständige begriffliche Auseinandersetzung erfordert und entkoppelt von sozialer Ungleichheit analysiert werden sollte.

Eine Alternative zu den hier angemahnten Mängeln war in der Mittagsvorlesung von William Julius Wilson (Social Theory and the »Underclass« Debate) zu finden. Wilson zeigte, dass der Rassismus gegen die amerikanischen Schwarzen als historische Ursache für deren Konzentration in wenigen Branchen und bestimmten Wohnvierteln angesehen werden muss. Eine räumlich segregierte »Underclass« sei aber erst entstanden, als ökonomischer Wandel einen Abstieg der Branchen bedingt, in denen viele Schwarze arbeiten, und als erste Erfolge der Bürgerrechtsbewegung der schwarzen Mittelklasse eine Abwanderung aus benachteiligten Vierteln ermöglichten. Während die Nachbarschaft zuvor Abwärtsspiralen auffangen konnte, führt die schwache Integration in den Arbeitsmarkt jetzt zu einem Verlust von Selbstvertrauen und sozialer Isolation. Was ist in einem solchen Paradigma die soziale Ungleichheit, was der kulturelle Unterschied? Wilson sah historische, ökonomische, räumliche und soziokulturelle Nachteile als multifaktorielles Ursachengefüge für die Bildung sozialer Klassen und wendete sich gegen eine ideologische Reduktion des Problems auf Kultur bzw. Struktur.

Selbstreflexion der Disziplin

Dass der Stellenwert des »kulturellen Unterschieds« in der Soziologie letztlich ungeklärt blieb, förderte die Auseinandersetzung mit einer Reihe von Grundsatzfragen. Ein Teil der Vorträge nutzte die Gelegenheit zur Selbstreflexion und fragte, wie die soziologische Wahrnehmung von Ungleichheit mit den prominenten Diskursen ihrer Zeit korrespondierte. Zum Beispiel passte Schelskys »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« gut zu einer Nachkriegsordnung, in der der Statusverlust des Adels und die Vielzahl deklassierter Flüchtlinge eine Überführung der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« in eine (nationale) »Notgemeinschaft« begünstigte (Rehberg). Diese Einschätzung wurde von Max Hallers Vortrag »Klassen- und Sozialstrukturparadigmen als Interpretationen nationaler gesellschaftlicher Problemlagen« bestätigt. In wissenschaftlicher Perspektive könne man die ungleichheitssoziologische Theoriebildung gut mit der Sozialstruktur, dem Institutionengefüge und den vorherrschenden Werten unterschiedlicher Länder erklären. Z.B. erfreue sich der in Deutschland viel gescholtene Klassenbegriff einer in Frankreich und England gut zu erklärenden Beliebtheit.

Ernüchternde Erkenntnisse dieser Art könnten vielleicht durch eine Auseinandersetzung mit den normativen Prämissen des Gegenstands »Soziale Ungleichheit« eingehetzt werden (Berger/Schmidt 2004). Im Abschlussplenum »Der Sinn der Ungleichheit« hinterfragte Günter Dux die Gleichheitsnorm. In der Moderne lege der Markt die Subjekte darauf fest, sich als gleich und gleichwertig zu verstehen. Zugleich sei Gleichheit unerreichbar. Während die normative Theorie Gleichheitsnormen aus sich heraus begründe, bildeten sich Normen aus Sicht der Soziologie innerhalb der Gesellschaft heraus. Das schließe Handlungs- und Machtpotenziale ein, die problemlos akzeptiert werden, obwohl sie der Bildung von Normen vorgängig sind. Zum Beispiel sei zu fragen, wie die Machtinteressen derer ins politische System eingeführt werden können, die an dessen Rand stehen und damit von vornherein von der Entscheidung über Normen ausgeschlossen bleiben.

Einige Vorträge aus dem Gastland Indien (und der Nachmittag »Multiple Modernities« der Sektion Soziologische Theorie) verknüpften die wissenschaftliche und die normative Selbstreflexion zu einer internationaleren Betrachtungsweise. Als Folge des Kolonialismus seien westliche Theorien noch heute die eigene Gesellschaft als moderne Ausnahmeerscheinung und die Gesellschaften der »Anderen« als (traditionellen) Kontrast. Dabei gab es auch im Westen multiple Wege zur Moderne. Rajeev Bhargava zufolge wird Säkularismus im Westen mit einer Trennung von Staat und Kirche gleichgesetzt. Im indischen Säkularismus fördere der demokratische Staat religiöse Reform, *weil* er sich für Religion als solche engagiere. Anti-demokratische Hierarchien innerhalb der Religionen, die im Westen auf dem Wege einer Sphärentrennung »toleriert« werden, würden vom säkularen indischen Staat kritisiert. Vor dem Hintergrund eines spezifisch westlichen Säkularismus erscheint der indische Säkularismus als unvollständig. Vor dem Hintergrund von Bhargavas Vortrag könnte man hingegen einige neue Ideen dazu entwickeln, warum der westliche Säkularismus oft so schlecht funktioniert. Auch dass Jürgen Gerhards, wie eingangs dargestellt, Werte von EU-Bevölkerungen einerseits als ungleichartig und gleichrangig beurteilt und sie andererseits am EU-Script misst, erscheint in postkolonialer Perspektive widersprüchlich.

Der Durchgang durch verschiedene Reflexionsebenen wurde durch theoretische und methodische Konkurrenzen ergänzt, die das Fach seit längerem beschäftigen. Eine Reihe von systemtheoretisch orientierten Vorträgen und Foren fragte nach möglichen Verbindungen handlungs- und differenzierungstheoretischer Zugänge zur Ungleichheitsproblematik. Eine Übersetzung der »kulturellen Unterschiede« als »Differenzierung« liegt nicht auf der Hand, hat aber den großen Vorteil, dass der vage Begriff »kultureller Unterschied« so für eine soziologische Theoriebildung anschlussfähig wird. Aus Sicht der Ungleichheitsforschung ist

obendrein erfreulich, dass sich die Systemtheorie in den letzten Jahren auch mit Ungleichheitsfragen beschäftigt. So wurde in der von André Kieserling, Stefan Kühl und Boris Holzer organisierten Ad-hoc-Gruppe »Schichtung und funktionale Differenzierung« anerkannt, dass das Problem der Schichtung im Luhmann'schen Theoriegebäude nicht die nötige Beachtung gefunden habe. Trotz des Besuchs weiterer einschlägiger Foren ist es der Autorin aber leider nicht gelungen, Vorschläge zu erkennen, die über eine Luhmannexegese hinausgingen. Das mag der Größe der Herausforderung geschuldet sein, mag aber auch daran liegen, dass ungleichheitssoziologische Arbeiten – die sich ja schon etwas länger mit dem Problem beschäftigen – recht oberflächlich rezipiert und als »atheoretisch« abgewiesen wurden.

Sieht man von solchen Ärgernissen ab, so ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Theoriekonkurrenz interessante empirische Zugänge inspiriert. Nicole Burzan, Brigitta M. Lökenhoff, Uwe Schimank und Nadine M. Schöneck untersuchten »Inklusionsprofile in ländlichen Räumen« in Ergänzung zu ungleichheitstheoretisch begründeten Merkmalen sozialer Lagen. Auf dem Land ist die Inklusion in manche Teilsysteme höher, so dass der Vortrag die These von der Rückständigkeit der Landbevölkerung nur teilweise bestätigen konnte. Dennoch zeigte sich das theoretische Defizit. Der Begriff der Inklusion ist auch nach Ansicht der ReferentInnen neutral – inkludiert sind sowohl Patienten als auch MuseumsbesucherInnen. Es war aber wiederholt von Vorsprung und Rückstand die Rede und es wurde – vielleicht auch aus Zeitgründen – nicht klar, wie eine Analyse von Inklusionsprofilen auf die Ungleichheitsthematik bezogen ist. Immerhin beschäftigt dieses theoretische Problem beide Seiten. Die ungleichheitssoziologischen Anhänger des Exklusionsbegriffs Heinz Bude, Berthold Vogel und Andreas Willisch betitelten ihre Ad-hoc-Gruppe nicht umsonst »Die Kontroverse über den Exklusions-Begriff«. Dass Benachteiligungen nicht mehr nur als Verteilungs- sondern auch als Integrationsprobleme verstanden werden sollen, wirft die Frage auf, wie Integration in modernen Gesellschaften begriffen werden kann.

Nicht bei allen fachinternen Konkurrenzen entstand der Eindruck, dass Unstimmigkeiten die Forschung beflügeln. Der wieder aufgeflamme Methodenstreit lässt sich besser als konsequentes Aneinander-vorbei-Sprechen charakterisieren. Michael Bommes war es im Rahmen der Sektionsveranstaltung »Migration und ethnische Minderheiten« gelungen, mit Hartmut Esser und Ludger Pries die in Deutschland prominentesten Vertreter zweier gegensätzlicher Theorierichtungen an einen Tisch zu bringen. Die vorgesehene Debatte »Transnationalismus oder Assimilation« fand dennoch nicht statt. Zur Überraschung vieler gestand Hartmut Esser der neuen Migrationssoziologie zu, dass sie das Augenmerk auf Phänomene gelenkt habe, die in den klassischen Theorien zu wenig Beachtung fanden. Dann jedoch entfaltete er die von ihm vertretene »einzig richtige« empirische und theoretische Methode, an der die neue Migrationssoziologie – erwartbar – scheitern musste.

Hat der Aufstieg der AG »Methoden der qualitativen empirischen Sozialforschung« in den Stand einer Sektion vormals hierarchisch befriedete Konflikte³ wieder aufbrechen lassen? Ist der Methodenstreit so aufgeladen, weil die Uneinigkeit der Soziologie deren Rezeption in der Öffentlichkeit beschädigt (wie dies Hartmut Esser auf dem Leipziger Soziologie-Kongress 2002 behauptet hat)? Man hätte sich öfter die souveräne Parteilichkeit eines Karl Ulrich Mayer gewünscht, der in seinem Abschlussvortrag einen Sinn der Soziologie sowohl in der Suche nach Neuem als auch in der repräsentativen Überprüfung von Hypothesen finden konnte. »Trüffelschweine« und »Ausdauersportler« seien wechselseitig aufeinander angewiesen. Panels brauchten Fallstudien, Zeitdiagnostik die empirische Bestätigung.

3) Ich erinnere mich an den Soziologiekongress 1996 in Dresden, bei der die Veranstalter der AG einen winzigen Seminarraum zugestanden, in den sich dann ein fast hundertköpfiges Publikum zwängen musste.

Formen

Dreht man die Schraube der Reflexion noch einmal weiter und fragt abschließend nach den Arbeitsformen des hervorragend organisierten Kongresses, so kann auch hier »Kulturelle Differenz« als Anknüpfungspunkt dienen. War das Publikum vor 10 Jahren noch genötigt, vier Stunden am Stück einstündigen Plenumsvorträgen zu lauschen, die nur sehr andeutungsweise diskutiert wurden, ist heute im Positiven wie Negativen eine Vielfalt von Veranstaltungsformen gewährleistet. Ich nahm an einer Ad-hoc-Gruppe zu »Biographien, Karrieren und Identitäten transnationaler Migranten« teil, die von Florian Kreutzer und Silke Roth über einen offen und breit ausgeschriebenen Call for Papers organisiert wurde. Die Veranstaltung war ein Vergnügen: inhaltliche Vorbereitung durch die Moderation, funktionierendes Zeitmanagement, gute RednerInnen auch aus dem Nachwuchs und ein interessiertes Publikum. Das andere Extrem stellte – mit Verlaub – eine »Author meets Critic« Veranstaltung dar. Thomas Schwinns verdienstvolles Bemühen, funktionale Differenzierung und Soziale Ungleichheit in einen Dialog zu bringen, hätte Besseres verdient, als ein Podium, das sich u.a. aus einem Autor des Bandes und einem einzigen Ungleichheitsforscher zusammensetzte, der obendrein selbst für sich in Anspruch nahm, mit zunehmenden Jahren milder gestimmt zu sein. Natürlich blieb da auch keine Zeit für Diskussionen oder gar Nachfragen des Publikums.

Fazit

Am Ende war es die Podiumsdiskussion am Donnerstagabend, die das immer wieder anklingende Spannungsverhältnis von Ökonomie und Werten am anschaulichsten auf den Punkt brachte – wenn man denn in der Lage war, die Äußerungen des Podiums in die Fachdiskussion zu übersetzen. Zum Thema »Familienpolitik als Wachstumspfad« hatte die Moderatorin Jutta Allmendinger hochrangige SprecherInnen gewonnen, die sich schnell einig waren, dass es im langfristigen Interesse von Unternehmen und Politik sei, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten: Auf das Gute und Gerechte kann sich auch die Soziologie leicht verständigen. Allein der Markt will es manchmal anders: Dieter Düsedau (McKinsey Deutschland) meinte, dass Hausarbeit erst dann umverteilt würde, wenn Frauen über die gleiche Wirtschaftskraft verfügten wie Männer. Neben der Wirtschaft spielen aber auch Machtverhältnisse eine Rolle: Hans Bertram sah das Problem in der Verweigerung vieler Männer, Familienarbeit zu leisten. Hieraus leitet die Soziologie gerne einen Bedarf an staatlicher Intervention ab: Jutta Allmendinger fragte, ob die Politik die Verweigerung der Männer nicht negativ sanktionieren könnte. Dem hielt eine verbindliche Familienministerin Renate Schmidt entgegen, dass es Aufgabe der Politik sei, verschiedene Lebenswege zu ermöglichen, nicht aber zur Vereinbarkeit zu zwingen. Möglicherweise würden auch Männer feststellen, dass das Leben reicher ist, wenn man nicht nur im Beruf, sondern auch in der Familie arbeitet. Lebensstil als freie Wahlentscheidung?

Auf diese »Lösung« hätte man sich wieder einigen können, wäre da nicht Allmendingers Freude an der Provokation. Einen verblüfften Florian Gerster brachte sie dazu, zu erzählen, dass er seit seinem Ausscheiden aus der Bundesagentur für Arbeit an Lebensqualität gewonnen habe. Und Dieter Düsedau musste irgendwann eingestehen, dass er die auf dem Podium geteilten Werte im Alltag der Unternehmensberatung nur bedingt umsetzen kann. Selbst wenn sich die gerne zitierten Prognosen zum demographischen Wandel bewahrheiten sollten, werden weibliche Fachkräfte bestenfalls mittelfristig notwendig gebraucht. Und wenn eine Firma aus den roten Zahlen kommen muss, sind viele Maßnahmen wirksamer als Investitionen ins Personal. Die unbeantwortete Frage, ob und wie kultureller Wandel soziale Ungleichheit beeinflussen kann, stand dem Publikum am Ende deutlich vor Augen.

Mittlerweile existieren auf dem Kongress für Soziologie einige Formate, die zur Diskussion ermuntern sollen. Dennoch haben sich die prominenten Vertreter des Faches weniger als in Leipzig 2002 auf echte Kontroversen eingelassen. Sich tatsächlich einer Diskussion zu stellen und das womöglich gegenüber KollegInnen, die man nicht seit Jahrzehnten kennt, gelingt im Austausch mit der Politik besser als innerhalb des Faches.

Von der zitierten Podiumsdiskussion wäre zu lernen, dass sich Soziologie ohne große Mühe als wissenschaftliche Reflexion über die Gesellschaft betreiben lässt. Auf ein konkretes Steuerungsproblem bezogen, war die funktionale Differenzierung zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft klar zu erkennen. Konkurrierende Deutungen über die Verursachung sozialer Ungleichheit (Markt, Herrschaftsstrategien, biographische (Fehl-)Entscheidungen) wurden durch die der Soziologie eigene und angemessene Ratlosigkeit hinsichtlich der Lösungen ergänzt. Stellen wir uns vor, diese Podiumsdiskussion hätte die Eröffnungsveranstaltung ersetzt und der Kongress hätte die in ihr angedeuteten Probleme in die Fachsprachen übersetzt und bearbeitet. Statt Zeugen eines gut gelungenen Kongresses wären wir Zeugen einer faszinierenden Auseinandersetzung geworden.

Literatur

- Amt für Wohnen und Migration, S-III-LS, Download am 28.12.2004 unter: http://www.muenchen.de/vip8/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/85_soz/pdf/muenchensozial2003_wohnen.pdf.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen: Schwartz, S. 35-74.
- Berger, Peter A. / Hradil, Stefan (Hrsg.) (1990): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen: Otto Schwartz & Co.
- Berger, Peter A. / Schmidt, Volker H. (Hrsg.) (2004): Welche Gleichheit – welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Geißler, Rainer (1996): Kein Abschied von Klasse und Schicht: Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48:319-338.
- Hradil, Stefan (1987): Die »neuen sozialen Ungleichheiten« – und wie man mit ihnen (nicht) theoretisch zurechtkommt, in: Bernhard Giesen / Hans Haferkamp (Hrsg.), Soziologie der sozialen Ungleichheit. Opladen: Westdeutscher Verlag:115-144.
- Vester, Michael / Oertzen, Peter von / Geiling, Heiko / Hermann, Thomas / Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Weiß, Anja / Koppetsch, Cornelia / Scharenberg, Albert / Schmidtke, Oliver (Hrsg.) (2001): Klasse und Klassifikation. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Dr. Anja Weiss
 Universität der Bundeswehr München
 85577 Neubiberg
 anja.weiss@unibw-muenchen.de